

Infos

Zentrales Streikbüro

0234-32-26900, SH0/81, streikbuero@asta-bochum.de

Streikbüro GA

FR Psycho, GAFO 04/252, 32-24604

Streikbüro GB

FR Anglistik, GB 6/135, 32-24370

Streikbüro I-Reihe

FR E-Technik, IC 03/30-135, 32-23878

Streikbüro N-Reihe

FR Mathe, NA 2/58, 32-23465
www.ruhr-uni-bochum.de/mathe-fach

Streikbüro Medizin

FR Medizin, MABF 0/305, 32-23950

Zentrale Streik-Homepage

www.asta-bochum.de/streik



Bochumer Uni-Vollversammlung Uni-Streik – die nächste Runde

Unter freiem Himmel beschloss heute morgen um 10 Uhr die zweite Vollversammlung an der Ruhr-Universität, in welcher Form die Proteste gegen die unsozialen Gebührenpläne der rot-grünen Landesregierung fortgesetzt werden sollen. Trotz Nieseregens harhten über 2.000 Studierende auf dem Forum aus, bis um kurz nach 11 Uhr über den Streik abgestimmt wurde: Eine klare Mehrheit von knapp 90% sprach sich für die Fortsetzung des Streiks bis zum 18.6. aus.

„Damit geht der Streik an den nordrhein-westfälischen Hochschulen in die nächste Runde“, sagte der AStA-Vorsitzende Rolf van Raden nach der Vollversammlung, „wir lassen Rot-Grün keinen ruhigen Wahlkampf machen“. Neben der Ruhr-Uni

hatten auch die beiden Essener Hochschulen, die RWTH Aachen, FH und Uni Düsseldorf sowie die Uni und Sporthochschule Köln gestern eine Fortsetzung des Streiks beschlossen.

In den einzelnen Fachbereichen fanden im Anschluss kleinere Vollversammlungen statt, um den Streik auf die einzelnen Bedürfnisse (z.B. Prüfungstermine oder prüfungsrelevante Veranstaltungen) abzustimmen.

Der Streik ist zunächst bis zum kommenden Dienstag, den 18.6., befristet, dann soll eine weitere Vollversammlung über die Fortführung des

Streiks entscheiden. Dieser Termin wurde ausgesetzt, da Gerüchten zufolge am 18.6. auf der Kabinettsitzung über die Gebührenpläne beraten werden soll.

Nachdem am Montag in Wuppertal und in Bochum StudentInnen vor den jeweiligen Rathäusern übernachtet hatten, soll der Protest auch in den kommenden Tagen in die Stadt getragen werden.

Am Dienstag nachmittag soll eine Demonstration „Gegen Bildungsklausur und Sozialabbau“ stattfinden, zu der neben den Studierenden der Ruhr-Uni auch die Gewerkschaften ver.di und GEW aufrufen. An der anschließenden Demonstration mit trotz des schlechten Wetters rund 1000 Teil-

nehmerInnen nahmen auch SchülerInnen und die Studierenden der Evangelischen Fachhochschule teil.

Von Mittwoch 14 Uhr bis Donnerstag morgens macht eine Mahnwache in der Fußgängerzone (Huestraße) auf die problematische Situation der Studierenden aufmerksam. Andere Aktionen wie die Besuche in Nicht-Unistädten oder die äußerst erfolgreiche Unterschriftensammlung (allein die Studierenden der Ruhr-Uni haben über 10.000 Unterschriften gesammelt) werden fortgesetzt. Weiter sind Proteste am Rande des SPD-Parteirats in Duisburg am 15.6. sowie zur Kabinettsitzung in Düsseldorf am 18.6. geplant.



Treffpunkt für die Vorbereitung von Aktionen ist am heutigen Mittwoch um 13 Uhr auf der Uni-Brücke. Beteiligt Euch an den Aktionen und bringt Eure Ideen ein!



<http://www.bo-alternativ.de>

Lasst euch nicht hängen, streikt aktiv! Streikaktionen im Überblick

Ietzt ist es wichtig. Außenstehenden zu zeigen, dass wir nicht faule Studierende sind, die sich auf Steuerzahlers Kosten lustig im Hörsaal lümmeln, sondern klarzumachen: Wir betrachten Bildung nicht als käuflich oder verkäuflich!

Eine laufend aktualisierte Liste der Veranstaltungen findet Ihr im Netz unter: www.asta-bochum.de/streik

Übrigens: Viele Fakultäten und Institute haben inzwischen zugesichert, daß durch die Streikteilnahme keine Nachteile entstehen sollen.

Täglich

Grillen auf der Uni-Brücke
Grillzeug mitbringen!

**ab 7.30 Uhr
Sessellrunde**
vor dem AStA. Ab 11 Uhr Straßen-Spiele

**10 Uhr
Gebäudevollversammlungen**
NA (HZO-50), GB (vor dem Gebäude), GC (vor dem Gebäude)

18 Uhr
Treffen AK Aktion im AZ

**19 Uhr
Delegiertentreffen**
vor dem KulturCafé

Mittwoch 12. Juni

**8:50 Uhr
Spanisch II**
Fr. M. Sanchez; Eiscafé Venito

**9 Uhr
„Edris II“**
Hr. Fleer (Geographie); Bühne Uni-Center

„Extreme Interaktion“
Kunstsammlung

**13 Uhr
Treffen für Aktionen**
auf der Uni-Brücke

**13 Uhr
Aktion Treffen „Poetry Slam“**
auf der Uni Brücke

**14 Uhr
„In whose hands?“ Work, gender, ageing and care in three EU-countries.**
Vortrag von Agneta Stark (Universität Linköping, Schweden, derzeit Marie-Jahoda-Gastprofessorin)

Mahnwache
bis Donnerstag in der Huestraße

„Industriedenkmal“ Hanke; vor GA Süd
Demo gegen Studiengebühren in Aachen (Beginn: Kärman-Auditorium an der RWTH)

**16 Uhr
Aktion: Staatssäckel Jonglage**
Treffen an der Uni-Brücke (dann zur Mayer'sche Buchhandlung)
16 Uhr Koppelberg-Seminare (Philosophie), Café Tucholski

Donnerstag 13. Juni

**10 Uhr
Bernini-Seminar**
Kunstgeschichte; Drehscheibe/City-Point

**12 Uhr
„Großstadt Serra Plastico“**
Terminal Hbf

Spanisch I
Fr. M. Sanchez; KulturCafé

„Melancholie als ...“
Steinhauer; Kunstsammlung

**13 Uhr
Demo zu Bertelsmann**
Treffen Uni-Brücke; 13:30 Uhr Dr. Ruer Platz (Bochum-Innenstadt)

**14 Uhr
„Klassik des amerikanischen Musicals“**
Theaterwissenschaft; Café Treibsand

„Ukraine“
Landau/Pentes; Institut für soz. Bewegung (Bibliothek) Clemen(t)sstr. 17-19 (gegenüber Schauspielhaus)

„Häresien“
Oberweis; Platz vor GA 02 Nord

„Stadt im Hochmittelalter“
vor GA 02 Nord

**16 Uhr
„Ausschwitz im Drama“**
Hr. Jessing (Germanistik); Schauspielhaus-Foyer

„Architektur als Geschichtsbühne“
Kunstsammlung

Reguläre Seminare

Beschluss der NA-VV und der Sowi-VV: alle Versammlungen fallen aus

Di: Hiß-Seminar „Brecht und Artaud“ 16:00 Uhr fällt aus

Anglistik: 16:00-18:00 „Last in the jazz age“ Prof. Ribbat; keine Anwesenheitspflicht

Seminar Stratmann „Absurdes Theater“ findet normal im Seminarraum statt, da der Zoo Eintrittsgeld verlangt (d.h. Besprechung, ob vielleicht doch bei den Affen)

Wichtiger Veranstaltungshinweis für alle Studierenden der Film- und Fernwissenschaft sowie der Publizistik! Am Donnerstag, dem 13.06.02, findet um 14 Uhr c.t. eine Informationsveranstaltung der zwei Institute zum neuen Fach Medienwissenschaft statt. Ort ist der Hörsaal HGB 50.

Publizistik - Prof. Dr. J. Röser: Alle Veranstaltungen beginnen wie gewohnt; Besprechung d. weiteren Vorgehens

Eiselen, Mergel - Geschichte SO-Europa: Treffen VOR dem Seminarraum

Mo. 16-19 Uhr - „Vom Readymade zum surrealistischen Objekt“; nächste Sitzung am 24.06.; Sitzung vom 10.06. wird am 01.07. nachgeholt

:bsz aktuell

Vorauszahlung

Überweist am Donnerstag, den 13.06.02 einen Cent an die Regierungshauptkasse in Düsseldorf. Dies wird die Rechner der Regierungshauptkasse garantiert zum rauchen bringen. Und je mehr Leute mitmachen, desto größer ist die Verwirrung und der Arbeitsaufwand der Landesregierung. Die Bankverbindung lautet:

Westdeutsche Landesbank
BLZ: 300 500 00
KontoNr.: 4 100 012
Betrag: 1 Cent
Verwendungszweck: Vorauszahlung Studiengebühr WS 2002/03

Köln streikt weiter!

Die Vollversammlungen an der Uni Köln haben nach dem einwöchigen Streik in der letzten Woche entschieden, weiterzustreiken. So wird z.B. die erziehungswissenschaftliche Fakultät für eine weitere Woche bestreikt, die juristische zunächst für zwei Tage und die philosophische Fakultät ohne Befristung. Desweiteren finden weiterhin zahlreiche Aktionen im gesamten Stadtgebiet statt.

Essen streikt weiter

Nachdem die Essener StudentInnen gestern beschlossen haben ihren Streik um eine Woche zu verlängern, zogen nach einem Protestzug durch die Innenstadt ca. 1000 StudentInnen zur Konzernzentrale der RWE. Dort wurden Parolen wie „RWE – sozial!“ und „Konzern besteuern, statt Studium verteuern“ skandiert. Nachdem sich kein RWE-Sprecher aus dem Turm wagte, um sich zu den 400 Mio. Steuerrückzahlungen, die die RWE im letzten Jahr erhalten hat, zu äußern, beschlossen die StudentInnen mal etwas lauter anzuklopfen, was bei dem Gesturm auch sehr gut funktionierte und die innenstehenden Sicherheitskräfte deutlich beruhigte.

Gibt es Veranstaltungen, die in dieser Übersicht fehlen? Oder weitere neue Ideen? Meldet Euch im Streikbüro unter Telefon 0234-32-26900 oder per eMail unter streikbuero@asta-bochum.de

Eine Auseinandersetzung mit den besseren Argumenten der StudiengebührenbefürworterInnen

Sind Studiengebühren sozial?

Neben dem populistischen aber leicht widerlegbaren (und unter anderem in der bsz oft genug widerlegten) Geschwafel von sozialschmarotzerischen Langzeitstudierenden führen die BefürworterInnen von Studiengebühren gerne ein Argument ins Feld, das auf den ersten Blick paradox erscheint: Studiengebühren fördern soziale Gerechtigkeit. Auf den zweiten Blick ist diese Argumentation so abwegig jedoch leider nicht. Warum sie dennoch falsch ist, soll hier versucht werden darzulegen.

Die Argumentation der GebührenbefürworterInnen lässt sich hier in zwei Stränge teilen, die sich zusammenfassen lassen als „Andere müssen auch für ihre Ausbildung zahlen“ und „Die Krankenschwester finanziert dem Chefarzt das Studium“. Diese sollen hier nacheinander betrachtet werden.

„Andere müssen auch zahlen“

Völlig zu Recht wird von den VerfechterInnen von Studiengebühren darauf hingewiesen, dass schließlich z.B. auch Kindergartenplätze Geld kosten – und zwar kräftig. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen außerhalb der Uni werden mitunter happige Beträge verlangt. Wer beispielsweise im Internet die Suchwörter „Meisterprüfung“ und „Gebühr“ eingibt, wird dabei auch recht ansehnliche Zahlen zu Gesicht bekommen.

Bemängelt wird dann, dass also die Ausbildung der StudentInnen subventioniert wird, während Nicht-AkademikerInnen zahlen müssen: Dies schaffe soziale Ungerechtigkeit. Das Argument ist nicht ganz von der Hand zu weisen, allerdings reichlich fadenscheinig. Nicht dadurch wird soziale Ungleichheit geschaffen, dass die Ausbildung der Studierenden gebührenfrei ist, soziale Ungleichheit kommt vielmehr dadurch zustande, dass in anderen Bereichen Gebühren gefordert werden.

Dennoch gilt, wer glaubhaft z.B. mit dem Hinweis auf die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Berufswahl gegen Studiengebühren argumentieren will, muss konsequent auch gegen jede Form von Ausbildungsgebühren sein. Eine reine ständische Politik der Verteidigung der Interessen der eigenen Gruppe erscheint nicht sehr glaubwürdig. Es gilt also, den Blick über den eigenen Tellerrand zu wagen.

„Chefarzt und Krankenschwester“

Etwas weniger fadenscheinig ist das Argument, dass auch jene an der Finanzierung der Universitäten beteiligt seien, die weder selbst studieren, noch ihre Kinder an eine Hochschule schicken (können). Es profitieren hingegen nur die AkademikerInnen: Die Krankenschwester

subventioniert also das Studium des Chefarztes und der kassiert dann das fette Gehalt. Natürlich liegt dieser Argumentation vor allem die Vorstellung des Studiums als „Investition in das eigene Humankapital“ zu Grunde. Von dieser Position aus gesehen erschiene es in der Tat fragwürdig, wieso der Staat also bestimmten Menschen eine Kapitalanlage schenken und das Geld dafür gerade den sozial Schwächeren aus der Tasche ziehen sollte, die ja bekanntlich an den Hochschulen krass unterrepräsentiert sind.²

Doch auch wenn die GegnerInnen von Studiengebühren ins Feld führen, dass das Studium eben mehr als eine reine Kapitalinvestition darstellt, das oben genannte Grundrecht auf freie Berufswahl, die durch ein Studium ermöglichte Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilnahme ins Feld führt sowie zu Recht darauf hinweist, dass o.g. soziale Schieflage im Bildungssystem gerade durch Studiengebühren noch verschärft würde – sollten nicht tatsächlich jene die Hochschulen finanzieren, die auch tatsächlich von einem Studium profitieren?

Ein vom Deutschen Studentenwerk (DSW) in Auftrag gegebenes Gutachten³ bestätigt jedoch genau dies: AkademikerInnen finanzieren aufgrund ihres höheren Steueraufkommens nach ihrem Studium ihre eigene Ausbildung. Der Staat erwirtschaftet aus seinen Ausgaben

für das Bildungswesen sogar einen Profit.

Freilich hat diese Argumentation einen schalen Beigeschmack. So kontert das ansonsten eher für karriereorientierte Hochschulrankings als für großes Engagement für die soziale Gerechtigkeit bekannte Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) berechtigterweise mit dem Einwand, dass AkademikerInnen dennoch einen höheren finanziellen Nutzen aus ihrem Studium ziehen, als sie der Gesellschaft in Form von Steuerzahlungen zurückgeben.⁴ So verlegen diese Argumentation gerade von seiten des neoliberalen CHE auch wirkt, so sehr muss dennoch gerade im Lichte des zwischen den Parteien entbrannten Wettrenns um die größten Steuererleichterungen für VielverdienerInnen hinterfragt werden, ob es nicht tatsächlich gerechtfertigt erscheint, den AkademikerInnen einen höheren Beitrag abzuverlangen.

Doch auch auf den Aspekt der sozialen Selektion durch Studiengebühren kommt das CHE zurück. Die simple Lösung soll hier sein, dass es Bildungsdarlehen geben soll, die dann schließlich auch den sozial schwächeren Stellen ein Studium ermöglichen sollen. Es braucht wohl kaum ausführlich dargelegt werden, dass die angebotene Lösung keine ist. Natürlich können Kinder aus reichen Elternhäusern viel eher das nicht unerhebliche finanzielle Risiko eines Studiums eingehen (mit immer ungewisser werdenden Aussichten auf dem Arbeitsmarkt). Die schon ohne Studiengebühren bestehende soziale Schieflage im Bildungswesen⁵ würde sich ohne Zweifel weiter verschärfen (Es ist ja

nicht so, als könnten StudienanfängerInnen nicht schon jetzt einen Kredit in der privaten Kreditwirtschaft aufnehmen. Wenn das Studium tatsächlich nicht subventioniert werden soll, dann könnten solche Bildungsdarlehen eigentlich auch nicht zu günstigeren Konditionen angeboten werden – nicht dass das einen großen Unterschied machen würde).

Wie aber kann das Dilemma nun aufgelöst werden? Es bleibt dabei, eine Bildungsfinanzierung, die bestehende soziale Ungerechtigkeiten zumindest nicht übermäßig verschärfen will, kann nur nach dem Studium ansetzen. Vor diesem Hintergrund beispielsweise über eine Zusatzsteuer für akademische Berufe nachzudenken, wäre sicherlich nicht ungerechtfertigt. Wer hingegen glaubt, die Forderung nach einem gebührenfreien Studium ließe sich mit Steuererleichterungen für Besserverdienende unter einen Hut bringen, liegt gründlich daneben. Der Kampf gegen Studiengerechtigkeit lässt sich glaubwürdig nur als Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit im Allgemeinen führen. Das einzige Mittel, diese einigermaßen herzustellen ist in einer „sozialen Marktwirtschaft“ die Erhebung von Steuern. Damit dürfte zugleich klar sein, dass wir unsere FreundInnen und Freunde derzeit nicht unter den Parteien suchen sollten.

tf

¹ Geprägt Anfang der 90er Jahre vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, besser bekannt als die „5 Weisen“.

² Siehe hierzu zum Beispiel die aktuelle Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks: <http://www.studentenwerke.de/erheb/index.htm>

³ Sturn & Wohlfahrt (2000). Umverteilungswirkungen der öffentlichen Hochschulfinanzierung in Deutschland. <http://www.studentenwerke.de/aktuell/info230300.htm>

⁴ <http://www.che.de/assets/images/MATERIALIEN00409.PDF> „Die staatliche Rendite ist geringer als die private Rendite.“

Studierende aller Gebäude – Versammelt Euch!

Gebäudevollversammlungen

Nach der Uni-VV gab es wieder Absprachen über die konkrete Umsetzung in den einzelnen Gebäuden. Das Wichtigste aus den Gebäudevollversammlungen:

GA

Die GA-VV war sehr gut besucht. Nach etwas langwieriger Diskussion über die Umsetzung des Streikbeschlusses im GA wurde letztendlich ein Beschluss mit deutlicher Mehrheit gefasst: Als Kompromiss zwischen Voll- und Nullsperrung werden Infoteische vor dem GA-Gebäude aufgestellt, und zwar so, dass man nicht ohne weiteres an ihnen vorbeikommt.

Auf diese Art soll die Möglichkeit entstehen, die Vorbeigehenden zu informieren, ohne sie allerdings am Betreten des Gebäudes zu hindern. Welche Veranstaltungen in welcher Form stattfinden, wird von den jeweiligen Fachschaften und VeranstaltungsteilnehmerInnen im Dialog mit den Dozierenden geregelt. Stattfindende Veranstaltungen sollen als Forum für Informationen bezüglich Aktionsterminen und Motivation der Studierenden genutzt werden.

Die nächste GA-VV soll am Donnerstag, den 13.06., um 12 Uhr stattfinden.

GB

Die Vollversammlung beschloss mit großer Mehrheit den Antrag der

Fachschaften Anglistik und Ostasienwissenschaft, das GB-Gebäude nach einer Woche Besetzung wieder zu öffnen und Veranstaltungen stattfinden zu lassen, jedoch gegebenenfalls vom Campus auszulagern.

Grundsätzlich können also alle Veranstaltungen stattfinden. Die GB-Studierenden dürfen sich nun entscheiden, ob sie ihre Seminare besuchen oder sich an den Protesten beteiligen wollen – beides gleichzeitig wird nur schwerlich möglich sein, was somit einer der größeren Knackpunkte dieses Beschlusses sein mag

Große Ausnahme in der generellen Gebäude-Öffnung stellt der angenommene Antrag zur gemeinschaftlichen Teilnahme an der noch in Planung befindlichen Groß-Demonstration in Düsseldorf am kommenden Dienstag – dem Tag des Kabinettsbeschlusses – dar. Alle GB-Studierenden sind dazu angehalten, sich der Demo anzuschließen. Achtet auf Ankündigungen.

Die hohe Anzahl von Redebeiträgen, Anträgen und Fragen während der GB-VV deutete darauf hin, dass vieles unklar und regelungsbedürftig gewesen und wahrscheinlich auch geblieben ist.

GC

Nach einigem Hin- und Her wurde in GC mit eindeutiger Mehrheit ein Antrag der Fachschaften Sowi und Jura gegen einen Antrag der Fachschaft Wiwi beschlossen: Das HGC wird bestreikt, der 02-Eingang wird symbolisch blockiert, alle anderen Eingänge bleiben offen. Die wichtigen (über die Wichtigkeit entscheiden die jeweiligen Fachschaftsräte oder sonstige Verantwortliche) Veranstaltung in Jura und Wiwi werden ins HZO verlegt. Die Veranstaltungen der Sows werden bestreikt. Desweiteren haben alle Wiwis

Anwesenheitspflicht auf der geplanten Demo am Dienstag in Düsseldorf (einstimmiger Beschluss), die Fachschaft Wiwi setzt sich mit den entsprechenden DozentInnen zusammen, damit die Veranstaltungen am Dienstag ausfallen oder verschoben werden.

N

Die Gebäude-Vollversammlung von NA/NB im Anschluss an die Uni-VV war erfreulicherweise mit gut 100 Leuten sehr gut besucht, was nicht zuletzt daran lag, dass erstmals neben den Fächern aus NA und den PhysikerInnen aus NB auch noch vereinzelt ChemikerInnen aus NC und viele BiologInnen aus

ND anwesend waren. Zunächst wurde längere Zeit über das Vorgehen der Gebäude bezüglich des (Nicht-)Stattdfindens von Veranstaltungen diskutiert und schließlich mit knapper, aber eindeutiger Mehrheit der Antrag angenommen, dass als generelle Regel keine Veranstaltungen stattfinden. Allerdings werden sich alle beteiligten Fachschaften und die jeweilige Hörerschaft noch mit ihren Dozierenden in Verbindung setzen, um zu klären, welche Konsequenzen der völlige Ausfall für die Hörenden haben wird. Der grundsätzliche Vollstreikbeschluss hat wie bisher in NA eher symbolischen Charakter, es ist jedenfalls ausdrücklich beschlossen worden, dass weder Blockaden noch Sprengkommandos durchgeführt werden. Das weitere Vorgehen im Rahmen des Streiks, was Organisation und Aktion angeht, ist dahingehend besprochen worden, dass weiterhin das logistische Zentrum – jetzt für alle N-Gebäude – in den Räumen der Fachschaft Mathematik (NA 2/58 – 32/23465) als Anlauf- und Informationsstelle bestehen bleibt. Die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen bleibt Arbeitskreisen überlassen, die sich heute (re-)konstituiert haben:

Die N-Gebäude sind nach diesem schon rein personell überzeugenden Auftakt der zweiten Streikwoche voller Hoffnung, dass auch weiterhin allerlei Aktionen von dieser Reihe ausgehend organisiert werden. Mal sehen, wieviele Leute morgen um 10 Uhr s.t. im HZO 50 zur nächsten Gebäude-Vollversammlung erscheinen und weiterhin Aktivität entfalten.

:bsz impressum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Thilo Ernst (te), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Charlotte Ulrich (cu), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Peter Krauss (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, AStA-Druckerei Bochum
Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>

Arbeitskreise

AK Öffentlichkeitsarbeit

0234-32-27685, SH 0/11, AnsprechpartnerInnen: Thilo, ak-pressearbeit@asta-bochum.de

AK Aktion

0234-32-26704, jeden Tag um 18:00 Uhr im Service-Referat

AK Streikzeitung

0234-32-22313, AStA 013, AnsprechpartnerInnen: bsz, bsz@ruhr-uni-bochum.de

AK Materialien/Camp

0234-32-23876, FSVK, AnsprechpartnerInnen: Dominik, fsvk-sprecher@ruhr-uni-bochum.de

AK Verpflegung/Vokü

im AStA, AnsprechpartnerInnen: Otto

AK Kultur

0234-32-25159, SH 081 (im Streikbüro) AnsprechpartnerInnen: Kulturreferat

AK Staats Säckl Jonglage

HGB-Wiese Do, 13:00 Uhr Innenstadt

AK Poetry Slam

Vorbereitungstreffen Mi, 13 Uhr Unibrücke

AK Studenten besuchen ihre Abgeordnete

Fachschaft Physik Mi, 18:00 Uhr NA 02/174

Streik-Camp

auf den G-Wiesen, AnsprechpartnerInnen: Aaron

Hamburg: 60.000 gegen Studiengebühren

Zu Beginn dieser Woche demonstrierten in Hamburg gut 60.000 Menschen gegen die Bildungspolitik des Senats. U.a. gegen die aktuellen Pläne des parteilosen Wissenschaftssenators Jürgen Draeger, das Hamburger Hochschulgesetz zu novellieren. Im Zuge dieser Neufassung sollen u.a. Studiengebühren in Höhe von 500 EUR pro Semester für StudentInnen die jenseits der Regelstudienzeit plus 4 Semester studieren, eingeführt werden. Auch ist – wie in NRW – eine „Verwaltungsgebühr“ von 50 EUR pro Semester geplant, sollen sogenannte Langzeitstudis exmatrikuliert werden können und zu allem Überfluss auch noch die universitäre Selbstverwaltung abgebaut werden.

Neben 2.500 StudentInnen der zur Zeit streikenden Hamburger Hochschulen, die mit der Demonstration eine Aktionswoche einläute-

ten, beteiligten sich vor allem SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen an den Protesten. Zum Teil waren ganze Schulen als Demo mit mehreren hundert SchülerInnen unterwegs zu einem der drei Treffpunkte für den Sternmarsch zum Rathausmarkt. Einige Straßen waren komplett gesperrt, da alle paar Minuten eine Schule kam. Der Protest richtete sich vor allem gegen den Schulsenator und ehemaligen Konteradmiral sowie Leiter der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg Rudolf Lange (FDP). Entgegen aller Versprechen im Wahlkampf und danach soll auch im Bildungsbereich massiv gespart werden.